Olaf Scholz zu Besuch bei BASF. „Ankündiger der Zeitenwende“

FOTO: XCITEPRESS/GETTY IMAGES

BILANZ

Was von den Kanzlern blieb

Jeder Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik stand für etwas. Konrad Adenauer setzte die Westbindung durch, Ludwig Erhard die Marktwirtschaft, Willy Brandt die Öffnung nach Osten. Helmut Schmidt und Angela Merkel waren Krisenkanzler – und Olaf Scholz? Ankündigungsweltmeister?

VON **WERNER WEIDENFELD**

Es fällt schwer, ihm ein angemessenes Qualitätssiegel zu verleihen: Mal wird Olaf Scholz „der Arbeitskanzler“ genannt, manchmal auch der „kleine Kanzler“ oder „Koch des verdorbenen Breis“, „Nebelproduzent“ „der Schweigsame“. Die Zuschreibungen illustrieren, was sich in Berlin abspielt: Scholz sitzt im Kanzleramt, doch die Raute regiert weiter.

Scholz selbst würde sich wohl gern mit dem Beinamen „Kanzler der Zeitenwende“ schmücken. Um eine angemessene Überschrift für die Geschichtsbücher zu finden, ist es hilfreich, auf seine Vorgänger zu blicken. Welches Qualitätssiegel haben sie jeweils erhalten – Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl, Angela Merkel ?

Geradezu modellhaft für eine präzise Betitelung eines Bundeskanzlers fiel die Bezeichnung von Golo Mann für Konrad Adenauer aus: „Großvater der Füchse“. Konrad Adenauer war erfolgreicher Oberbürgermeister der Stadt Köln. Die Nationalsozialisten trachteten ihm nach dem Leben. Er versteckte sich bei seinem Schulfreund Ildefons Herwegen, dem Abt der Benediktinerabtei Maria Laach. Er überlebte. Nach Ende des Krieges fühlte er sich mitverantwortlich, die Demokratie in Deutschland stabil zu etablieren. Er übernahm Verantwortung in der CDU und wurde Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone. Schließlich wurde er Präsident des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz aushandelte.

Wieso wurde er selbst dort, dem einflussreichsten Gremium des Demokratieaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, Präsident? Er lenkte in jedem Gremium beim Klärungsprozess, wer denn die Leitung übernehmen solle,

die Aufmerksamkeit auf die Frage, wer denn in diesem Kreis der Älteste sei. Es war Adenauer.

Da Konrad Adenauer keine langen Strecken vom Amtssitz bis zu seinem Privathaus in Rhöndorf zurücklegen wollte, brachte er den Parlamentarischen Rat dazu, Bonn als Hauptstadt zu bestimmen. Nicht eine Großstadt wie Frankfurt oder Düsseldorf wurde somit Sitz des Bundestags, sondern das nahe an Rhöndorf gelegene Bonn.

„Großvater der Füchse"

Eine herausragende Geschicklichkeit bewies Adenauer, als er machtpolitisch arrangierte, Bundeskanzler zu werden. Die Union hatte 1949 hauchdünn die Bundestagswahl gewonnen; sie verfügte damals allerdings nur über Landesverbände, die Bundespartei wurde erst später gegründet. So lud also zur Klärung der Bundeskanzlerfrage der älteste Landesvorsitzende die übrigen Landesvorsitzenden zu sich nach Rhöndorf ein. Da es um die Klärung der Kanzlerfrage ging, kamen auch alle an den Fuß des Siebengebirges.

Adenauer dankte ihnen und berichtete im Rahmen seiner Einführung, dass er vormittags bei seinem Hausarzt gewesen sei und sich dort habe untersuchen lassen. „Danach fragte ich ihn: ‚Kann ein Mann in meinem hohen Alter noch das Amt des Bundeskanzlers übernehmen und angemessen ausführen?' Dr. Martini hat auf diese Frage, die ihn zunächst überraschte, gesagt: ‚Ja, das können Sie – aber nur für ein Jahr.'"

Weil viele Landesvorsitzende unsicher waren, ob sie selbst eine Mehrheit erhalten würden, aber die Zuversicht hatten, diese in einem Jahr zu erlangen, wählten nun alle Konrad Adenauer. Der „Großvater der Füchse" nahm das Amt des Bundeskanzlers dann nicht nur für ein Jahr wahr, sondern für 14 Jahre. In dieser Zeit prägte er die politische Architektur der Bundesrepublik: Westbindung, Wiederbewaffnung, europäische Integration, Soziale Marktwirtschaft, deutsch-französische Freundschaft.

Die Zustimmung war groß. Er errang – bis heute als Einziger – bei einer Bundestagswahl (1957) die absolute Mehrheit. Als es ihm schließlich als angemessen erschien, seine Amtszeit als Bundeskanzler zu beenden, kündigte er an, 1959 als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stehen, um dort also Theodor Heuss nachzufolgen. Er sorgte sich nun intensiv um einen angemessen qualifizierten Nachfolger. Dafür hielt er den erfolgreichen und populären Wirtschaftsminister Ludwig Erhard nicht für geeignet. Als er feststellen musste, Ludwig Erhard nicht verhindern zu können, zog er seine Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten zurück.

Adenauer lenkte in jedem Gremium beim Klärungsprozess, wer die Leitung übernehmen solle, die Aufmerksamkeit auf das Alter

Bei der Bundestagswahl 1961, die vier Wochen nach dem Mauerbau stattfand, verlor die CDU deutlich an Stimmen. Die FDP hatte zudem vorher im Wahlkampf mitgeteilt, sie werde Adenauer nicht erneut zum Bundeskanzler wählen. Adenauer arrangierte aber das Machtmosaik so, dass die FDP ihn doch wählte. Seitdem haftet ihr die Bezeichnung „Umfallerpartei" an. Erst 1963 entzog die FDP ihre Unterstützung, und der populärste deutsche Politiker wurde Adenauers Nachfolger: Ludwig Erhard.

Der hatte seinen Stempel – „Vater des Wirtschaftswunders" – längst erhalten. Für dieses Wirtschaftswunder hatte er sehr viel geleistet – praktisch als verantwortlicher Politiker und konzeptionell als höchst kundiger Experte. Aber jenseits des Wirtschaftswunders blieb der Erfolg dann weitgehend aus. Erhard ließ sich unter anderem ein Papier über die „Formierte Gesellschaft" schreiben, das aber nicht besonders positiv aufgenommen wurde. Mit der Definition konnten viele in den 1960ern nicht viel anfangen: „Die formierte Gesellschaft besteht ... nicht mehr aus Klassen und Gruppen ..., die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern dass sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, dass sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht."

Große Themen standen an, für die man große Mehrheiten brauchte. Insbesondere die USA drängten darauf, dass die Bundesrepublik für Notfälle eine Notstandsverfassung verabschieden müsse. Außerdem wollten die Volksparteien eine Hinwendung zum Mehrheitswahlrecht, das die FDP in den politischen Abgrund geführt hätte.

Für eine Große Koalition einen Kanzler zu finden war nicht einfach. Man fand ihn dann im Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg: Kurt Georg Kiesinger. Er brachte von Stuttgart nach Bonn sein Etikett mit: „König Silberzunge". Seine weiche, gehaltvolle, gebildete Redeform war das, was sich einprägte. Der Großen Koalition gelang unter seiner Führung die Verabschiedung der Notstandsverfassung, aber nicht einer Wahlrechtsreform. Im politischen Überlebenskampf signalisierte die FDP der SPD eine neue Koalitionswilligkeit. Und so kam es bereits 1969 zu einer sozial-liberalen Koalition und erstmals zu einem SPD-Kanzler: Willy Brandt.

„Der Herr badet gerne lau"

Der politische Aufbruch wurde kraftvoll verkündet: „Demokratie fängt jetzt erst an", hieß es beispielsweise oder „Entspannung zwischen Ost und West muss beginnen". Willy Brandt leitete eine zweite Architekturphase deutscher Politik ein, die von der sozial-liberalen Prägung geformt wurde. Aber sein fluider Politikstil ließ die Unterstützung der SPD bald schwinden.

SPD-Fraktionsführer Herbert Wehner verkündete bei einer Moskau-Reise abfällig sein Urteil: „Der Herr badet gerne lau". Und als Brandt dann einen Spion, den die DDR-Führung in seinem Büro platziert hatte, auch noch wissend in den Urlaub mitnahm, waren seine Tage als Bundeskanzler beendet. Ein kühler Hanseat stand zur Stabilisierung zur Verfügung: Helmut Schmidt, der „Weltökonom".

Die wirtschaftlichen Kenntnisse bildeten in der Tat das besondere Kompetenzprofil von Helmut Schmidt. Angesichts manch krisenhafter Zuspitzung brauchte Deutschland diesen besonderen Kompetenz-Anker. Helmut Schmidt ließ aber die anderen Regierungsmitglieder seinen Kompetenzvor- ▶▶

sprung spüren – auch Vizekanzler und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Das führte dann dazu, dass Genscher ab etwa 1977 Wege suchte, die Koalition zu wechseln. Er wurde zunächst ausgebremst, als die Union sich auf Franz-Josef Strauß als Kanzlerkandidaten geeinigt hatte; denn ein Koalitionswechsel mit der Perspektive Strauß als Kanzler kam für die FDP nicht infrage. Genscher musste sich wie Helmut Kohl gedulden, bis Strauß politisch verzehrt war. Das war 1982 der Fall, und Kohl wurde Kanzler.

Er bot zunächst Aufbruch-Slogans, insbesondere um den Gründungsprozess der Grünen nicht zu erfolgreich werden zu lassen: „Die Zukunft bewahren" und „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht". Als sich nach einigen Jahren diese Aufbruchstimmung verbraucht hatte, kam Kohl die Geschichte zu Hilfe: 1989 fiel die Mauer. Der Prozess der deutschen Einheit erhielt reale Bedeutung. Kohl wurde der „Kanzler der deutschen Einheit". Er verband das mit einigen markanten europäischen Weichenstellungen wie der Schaffung einer europäischen Gemeinschaftswährung. Kohl setzte auf stabile und attraktive strategische Perspektiven – europapolitisch, deutschlandpolitisch und koalitionspolitisch.

Im Jahr 1998 war dann jedoch – nach 16 Jahren – die Zeit für einen Kanzlerwechsel reif. Die SPD nominierte ihren stärksten Kommunikator, Gerhard Schröder, den Ministerpräsidenten Niedersachsens, der aus seiner Staatskanzlei Frank-Walter Steinmeier mitbrachte.

„Der dritte Weg"

Programmatisch wurde Schröder mit Bill Clinton und Tony Blair für den „Dritten Weg" aktiv. Dazu passten auch seine großen sozialpolitischen Reformen – zusammengefasst in der „Agenda 2010". Schröder verlor allerdings früh die Unterstützung von Oskar Lafontaine, der mit der Linken sogar eine Konkurrenzpartei zur SPD hochzog. 2005 wurde Schröder von Angela Merkel abgelöst, die sich im Wesentlichen als Krisenmanagerin in Szene setzte.

Merkel zählt zu den drei Langzeitbundeskanzlern: Konrad Adenauer, Helmut Kohl, Angela Merkel. Sie war dann der erste Amtsinhaber, der seine Kanzlerschaft aus eigenem Entschluss beendete. Das wird sich in der Erinnerung der Bundesbürger tief einprägen. Ihr besonderer Stempel ist das Krisenmanagement. Also gebührt ihr der Titel „Langzeitkanzlerin des Krisenmanagements".

Als Olaf Scholz sein Amt antrat, gab es für seine Vorgänger also eine lange Reihe mehr oder weniger zutreffender Zuschreibungen – „Großvater der Füchse", „Vater des Wirtschaftswunders", „König Silberzunge" Architekt der Entspannungspolitik", „Weltökonom", „Kanzler der deutschen Einheit", „Kanzler des dritten Weges", „Langzeitkanzlerin des Krisenmanagements". Was bleibt nun für Olaf Scholz? Wie wird der Eintrag in die Geschichtsbücher lauten?

Nur wenn der öffentliche Erwartungsdruck zu groß wird, sieht sich Scholz gedrängt, ein „Machtwort" anzukündigen

Sein Weg ins Bundeskanzleramt war nicht einfach. Über die Jahre hatte er andere politische Ämter in Hamburg (Innensenator, Erster Bürgermeister) und in Berlin (Bundesarbeitsminister, Bundesfinanzminister) nur mit mäßiger Fortune ausgeübt. Seine eigene Partei traute ihm einen Erfolg im Amt des Parteivorsitzenden nicht zu – weder nach dem Rücktritt von Martin Schulz, der die SPD einige Monate lang kommissarisch geführt hatte, noch nach dem Rücktritt von Andrea Nahles. Als potenzielle Doppelspitze mit Klara Geywitz an seiner Seite fiel Scholz gegen Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans krachend durch. Gleichwohl nominierte ihn die SPD zum Kanzlerkandidaten, was man sich nur damit erklären kann, dass zu diesem Zeitpunkt niemand mit der Möglichkeit rechnete, dass die SPD bei den Bundestagswahlen stärkste Partei werden würde.

Olaf Scholz praktizierte zunächst eine für einen Bundeskanzler ungewöhnliche Unauffälligkeit. Die Medien attestieren ihm daraufhin „ziellose Entschlossenheit"; er halte „Zauderreden". Zu den Krisenthemen vermisste man klare Kanzlerworte, die Deutsche Welle stellte die Frage: „Kann der Kanzler Kommunikation?" Und tatsächlich hat Olaf Scholz eigentlich keine spezifische Regierungstechnik, das einzige Charakteristikum ist leise Rhetorik.

Kanzlerschaft ohne Programm

Alles, was er dann unter Problem- und Zeitdruck unternimmt, scheint keinem Plan zu folgen, wirkt konzeptionell weitgehend unvorbereitet. Ankündigungen folgen häufig keine Taten, oder die Vorhaben versickern überbürokratisiert, oder Geld wird – quasi aus dem Helikopter – übers ganze Land verteilt. Die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit, das Neun-Euro-Ticket, der Tankrabatt, die Waffenlieferungen in die Ukraine, der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke, die Einführung des Bürgergelds, die Asylregelungen, die Reform der Altersvorsorge, die Gaspreisbremse sind nur einige Beispiele.

Und strategisch gibt es bislang auch keine Leitlinien: Wie soll Deutschland gegenüber China auftreten? Welche Zukunftsvisionen sind mit Frankreich realisierbar? Zu jedem Fragezeichen ist strategischer Leerlauf festzustellen.

Nur wenn der öffentliche Erwartungsdruck zu groß wird, sieht sich Scholz gedrängt, ein „Machtwort" anzukündigen. Die ständige Ankündigung eines Machtworts motivierte die Medien, ihn als „Meister Ungefähr" zu bezeichnen. Im Fall der Laufzeitverlängerung der AKWs reichte dann aber ein Machtwort nicht. Scholz griff zu einem formellen Instrument, das kein Bundeskanzler vor ihm so benutzt hatte: Er entschied die Laufzeitverlängerung per „Richtlinienkompetenz".

„Wumms-Kanzler per Richtlinie" – es wäre traurig, wenn das in der Ahnengalerie der Kanzler von Scholz übrig bliebe. Ein Kanzler, der nicht durch Präsenz, Ideen und Visionen überzeugt, sondern sich auf das Formelle zurückziehen muss. Nachdenklich stimmt, dass selbst der Bundespräsident sich nicht mit dem Ausruf der „Zeitenwende" zufrieden gibt. Frank-Walter Steinmeier forderte, den „Epochenbruch" nun auch mit Inhalten zu füllen. Der eigentlich angemessene Titel für Scholz ist bislang also wohl nur „Ankündiger der Zeitenwende". ■